

## Tagungsberichte

Otto Dibelius (1880–1967).

Neue Forschungen zu einer protestantischen Jahrhundertfigur

*Michael Heymel*

Zu diesem Thema fand vom 5. bis 7. Oktober 2022 eine internationale Tagung in Marburg statt, die von Lukas Bormann (Philipps-Universität Marburg) und Manfred Gailus (Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin) veranstaltet wurde<sup>1</sup>. Die Veranstalter präsentierten Vorträge von 16 Wissenschaftler\*innen aus Evangelischer Theologie, Geschichtswissenschaft sowie Kultur- und Religionswissenschaft über Otto Dibelius, um mehr als 30 Jahre nach Publikation der ersten und bisher einzigen Biographie zu einer neuen Sicht auf diese herausragende Persönlichkeit des deutschen Protestantismus beizutragen.

Das in sieben Themenblöcke gegliederte Tagungsprogramm sah zunächst einen Beitrag zur Forschungsgeschichte vor. *Martin Stupperich* (Hannover) berichtete als Zeitzeuge über die Entstehung der Dibelius-Biographie seines Vaters Robert Stupperich. Dieser war 1967 von einer Gruppe um Kurt Scharf (damals Bischof von Berlin) mit einer Biographie beauftragt worden und hatte sich um eine Würdigung des Kirchenführers bemüht, die vom Verlag jedoch zunächst zurückgewiesen wurde. Daraufhin übernahm der Sohn die schwierige Aufgabe, gemeinsam mit dem Vater die erste Fassung zu überarbeiten. Zusammen mit seiner Frau, der promovierten Historikerin Amrei Stupperich, verfasste er nach eigener Aussage einen erheblichen Teil des Textes. Er habe die neue Selbstständigkeit der Kirche ab 1919 als Dibelius' Leitthema herausgestellt und dafür gekämpft, das Thema der Judenverfolgung stärker zu erwähnen. Das Problem des Antisemitismus von Dibelius sei bei Robert Stupperich nicht im Blick gewesen. Auch 1989, als die Biographie erschien, habe man in der kirchlichen Öffentlichkeit Dibelius nicht als Antisemit wahrgenommen.

Die beiden folgenden Vorträge widmeten sich mentalen Prägungen der Kaiserzeit. *Albrecht Beutel* (Münster) zeichnete Dibelius' Werdegang

---

<sup>1</sup> Langversion des Tagungsberichts in: <https://www.hsozkult.de/conference-report/id/fdkn-131788>

bis zum Ersten Weltkrieg nach und beschrieb ihn als ehrgeizigen Kirchenreformer, der sich in seinem Gemeindeprogramm an dem Dresdner Pfarrer Emil Sulze orientiert habe. In seinem Plädoyer für eine volkstümliche Predigt in Verbindung mit einer differenzierten Gemeindeorganisation habe er Impulse Calvins, aber auch der ihm von einem Studienaufenthalt bekannten Kirche Schottlands mit ihren kleinen Gemeinden aufgenommen. Sein Ziel war es, die Gemeinde zur aktiven Partizipation anzuregen. Dabei habe Dibelius sich als moderner Lutheraner verstanden und vom Pietismus Abstand gehalten. Das Preußentum (Bismarck, Königin Luise) sei für ihn der Inbegriff des Deutschen gewesen. Den Ausbruch des Krieges 1914 habe er als „Gottesoffenbarung“ gedeutet. Antisemitismus, so Beutel, sei bei ihm in der Zeit des Kaiserreichs nicht festzustellen.

*Wolf-Friedrich Schünfele* (Marburg) ging näher auf Dibelius' Wirken im Ersten Weltkrieg ein und kam zu dem Schluss, dass dessen Kriegspredigten zwar seelsorgliche Anliegen gehabt hätten, aber stark von nationalistischer Phraseologie geprägt und von der Realität weit entfernt gewesen seien. Als Oberpfarrer in Lauenburg (Pommern) habe Dibelius 1914 Soldaten betreut, ein Jahr später als Pfarrer in der Gemeinde Zum Heilsbrunnen (Berlin) vaterländische Kundgebungen veranstaltet. Als Ideal galt ihm der christliche Staat, dessen Moralität durch Kirche und Christentum garantiert werden sollte. Das Kaiserreich als Weltmacht hielt er für lebensnotwendig. Dibelius habe an eine christliche deutsche Sendung geglaubt, den Krieg verstand er als gerechten und heiligen Krieg, in dem Gott als Herr der Geschichte am Werk sei. Kaum denkbar erschien ihm, Gott könnte so wirken, dass er die politische Macht der Deutschen zerbrechen würde. Bei Kriegsende vertrat er die ‚Dolchstoßlegende‘ und prangerte den Versailler Vertrag als ‚satanisches Konstrukt‘ an.

Im nächsten, auf das „Wächteramt“ der Kirche ab 1919 bezogenen Themenblock untersuchte *Benedikt Brunner* (Mainz) in seinem Online-Vortrag das öffentliche und publizistische Wirken von Dibelius in der Weimarer Republik. Über fünfzig Jahre lang habe Dibelius für die Volkskirche gestanden. Bereits 1919 sah er die Zeit für eine freie, kraftvolle Volkskirche gekommen. Er sei der am besten informierte Mann der preußischen Kirche gewesen, der bis 1933 in sieben Zeitschriften publizierte. Außerdem habe er sich für den Religionsunterricht an staatlichen Schulen eingesetzt und die Menschen dazu

aufgerufen, sich um die evangelische Kirche zu scharen, um der Entchristlichung zu widerstehen. 1925 übernahm Dibelius als General-superintendent der Kurmark eine Spitzenposition in der Kirchen-provinz Mark Brandenburg. In einer stark beachteten Debatte mit Karl Barth habe er die empirische Kirche verteidigt, die Verantwortung für das Volk trage, während Barth an der triumphalistischen Sprache und Haltung von Dibelius Kritik übte.

*Todd H. Weir* (Groningen), dessen Vortrag von *Maurice Backschat* (Münster) mit erarbeitet und ins Deutsche übersetzt worden war, nahm Dibelius' Arbeit in der 1921 in Berlin-Spandau gegründeten Apologetischen Zentrale in den Blick, die sich mit Säkularismus und ‚Gottlosen‘-Bewegung auseinandersetzte und an einer ‚christlichen Weltanschauung‘ arbeitete. Barth fand die Sprache der Apologeten gefährlich. Dibelius habe ihn für einen von der Realität der Welt abgekoppelten Dogmatiker gehalten, der die Mission der Kirche kaum sehe. Dibelius habe die Volkskirche als Gegenpol zur säkularen Kultur verstanden, die dem Säkularismus begegnen sollte. Vom rechten Rand habe er sich schwer abgrenzen können. Im Nationalismus sah er positive religiöse Energien, an der apologetischen Front gegen die Kirchen- und Religionspolitik des Nationalsozialismus stand er erst nach 1933. Nach 1945 habe er seine Apologetik im Kalten Krieg fortgesetzt.

Der vierte Themenblock, der sich mit Dibelius' Rolle in den öffentlichen Debatten befasste, wurde von *Lukas Bormann* (Marburg) eröffnet, der Dibelius' wirkmächtigste Publikation „Das Jahrhundert der Kirche“ (1926) analysierte. Deren Adressat sei das protestantische Milieu in Preußen gewesen. Die lutherische Reformation, so Dibelius' These, habe die Kirche als eigenständige Institution aufgehoben und der Herrschaft der Fürstenhäuser unterstellt. In der Gegenwart sah Dibelius demgegenüber weltweit einen Bedeutungszuwachs der Kirchen. Die Trennung von Thron und Altar 1918 habe der Kirche neue Chancen zur Verbindung von Kirche und Volk eröffnet, die Dibelius nutzte, indem er in völkischer Terminologie sein evangelisches Kulturprogramm entfaltete.

*Brandon Bloch* (Wisconsin) konzentrierte sich in seinem Online-Vortrag auf die westdeutsche Rezeption von Dibelius' Schrift „Obrigkeit“ (1959). Als geographisch zwischen Ost und West situierter Bischof und EKD-Ratsvorsitzender habe Dibelius eine traditionell

antikommunistische Haltung vertreten, während die Bruderräte in der EKD für eine neue Rolle der Kirche plädierten. 1958 erklärten ostdeutsche Bischöfe ihre Loyalität mit der DDR. In dieser Zeitsituation wollte Dibelius etwas über die Natur staatlicher Autorität in der Moderne sagen. Der Begriff „Obrigkeit“ (Römer 13) schien ihm dafür keine richtige Übersetzung mehr zu sein. Seine Obrigkeitsschrift entfesselte eine Debatte, in der konservative Lutheraner eine Analogie zwischen der DDR und dem Dritten Reich sahen, der Kreis um Karl Barth und die kirchlichen Bruderschaften dagegen die Schrift ablehnten. Durch seinen reaktionären Konservatismus habe Dibelius womöglich Gegenreaktionen gestärkt, die die Transformation der evangelischen Kirche hin zu einer für Demokratie und Gesellschaft aufgeschlossenen Kirche beförderten.

*Jolanda Gräßel-Farnbauer* (Marburg) beschäftigte sich mit der Haltung von Dibelius zur ‚Frauenfrage‘. Dabei ging sie auf die von ihm und Martin Niemöller herausgegebene Schrift „Wir rufen Deutschland zu Gott“ (1937) und kritische Reaktionen zeitgenössischer Leserinnen ein. Die Schrift reagierte auf die NS-Kirchenpolitik und rechnete mit der Deutschen Glaubensbewegung ab. Im letzten Kapitel nahmen die Verfasser zur Frauenbewegung Stellung. Sie meinten, Frauen hätten sich ihrer biblischen Bestimmung widersetzt, als sie während der Weimarer Republik zunehmend Erwerbsarbeit übernahmen und nach akademischer Bildung strebten, denn zuerst seien sie Ehefrauen und Mütter. Dem widersprachen die Frauenrechtlerin Agnes von Zahn-Harnack und die Theologin Meta Eyl in Briefen. Die Lehrerin und Politikerin Gertrud Eitner stellte eine Nähe dieser Passagen zur NS-Ideologie fest. Obwohl viele Frauen in der Bekennenden Kirche (BK) aktiv gewesen seien, habe man sich dort zur Frauenfrage ambivalent verhalten. Dibelius habe theologisch gebildeten Frauen zwar einen kirchlichen Dienst, aber nicht die Verkündigung im Gottesdienst zugestanden und sich bis zuletzt geweigert, Frauen zu ordinieren.

Die fünfte Sektion hatte Nationalsozialismus und ‚Kirchenkampf‘ als Schwerpunkte gesetzt. Nach *Manfred Gailus* (Berlin) begrüßte Dibelius am Tag von Potsdam (21. März 1933) den Machtantritt der Nationalsozialisten und wenig später erste Maßnahmen der NS-Judenpolitik. In völkischer Rhetorik habe er schon im April 1932, nach dem Wahlerfolg der NSDAP bei der Preußenwahl, „das Einströmen frischen Blutes“ in die kirchlichen Körperschaften gutgeheißen. Auch

für ihn habe die Lösung der ‚Judenfrage‘ darin bestanden, keine jüdische Einwanderung vom Osten zuzulassen. Dibelius‘ antisemitische Haltung sei in der Forschung inzwischen vielfach belegt. Probleme mit den Deutschen Christen habe er erst dann gehabt, als ihm die administrative Macht entzogen wurde. Als Berater der Kirchenopposition der Region Brandenburg sei er nach seiner Rückkehr aus San Remo im Juni 1934 ein Mann der kirchlichen Mitte geblieben. Dibelius wünschte sich ein großes, starkes, autokratisch regiertes Deutschland, lehnte aber das DC-Kirchenregiment ab. Nach 1945 sei im Kontext des Kalten Krieges ein negatives Dibelius-Bild im Osten, hingegen ein positives Bild im Westen Deutschlands entstanden.

Das aus seiner Sicht noch zu wenig erforschte Verhältnis von Dibelius zum Judentum untersuchte *Andreas Pangritz* (Osnabrück), der ihn als Antisemit mit gutem Gewissen bezeichnete. Nach 1945 habe Dibelius seine Haltung beschönigt. In einem Artikel von 1948 habe er im Rückblick auf die ‚Reichskristallnacht‘ nicht erklärt, warum die Kirche damals geschwiegen habe, sondern nur ausgeführt, es sei in der BK zur Ehrenpflicht geworden, verfolgten Juden zu helfen. Dibelius behauptete, seit den Euthanasiemaßnahmen habe er den NS-Staat nicht mehr als Obrigkeit anerkennen können. Er habe außerdem zwei ‚Nichtarier‘ beschäftigt. Mit Senta Maria Klatt habe seit 1934 eine ‚Halbjüdin‘ als Sekretärin bei ihm gearbeitet. Indessen hatte sich Dibelius bereits 1928 dazu bekannt, immer Antisemit gewesen zu sein. Zum Boykott jüdischer Geschäfte schrieb er am 9. April 1933 im Evangelischen Sonntagsblatt Berlin, Wirtschaftskapital und Presse seien international in jüdischen Händen, das Judentum im Ausland mache Stimmung gegen Deutschland. Juden seien eine fremde Rasse, die Ostjuden von zweifelhafter sittlicher Qualität.

*Michael Heymel* (Limburg) folgte mit einem Vortrag über das Verhältnis zwischen Dibelius und Martin Niemöller. In einer Skizze ihrer Persönlichkeiten wies er darauf hin, dass ein Autoritätskonflikt zwischen beiden erst dann ausgetragen wurde, als sie in kirchlichen Leitungssämtern aufeinandertrafen. Beide seien Preußen, überzeugte Monarchisten und heimatlose Nationalprotestanten gewesen, die Hitlers Machtübernahme begrüßten, sich dann aber in der kirchlichen Opposition zu den DC wiederfanden. Im ‚Kirchenkampf‘ hätten sie als zeitweilig Verbündete agiert, da Dibelius bei den Anfängen der BK nur als Beobachter beteiligt gewesen war und seine Mitarbeit erst im Juni

1934 begann. Die konträre Position, die Niemöller nach Kriegsende zu ihm eingenommen habe, sei in den internen Spaltungen der BK angelegt. Dies zeige sich in den unterschiedlichen Bewertungen der Kirchenkonferenz von Treysa. Niemöller sah in Dibelius den Verwalter eines kirchlichen Apparats, während sein Antipode ihn als Vertreter einer überholten kirchlichen Minderheitenposition betrachtet habe.

Die drei Vorträge des folgenden Themenblocks waren der Nachkriegszeit gewidmet. *Claudia Lepp* (München) analysierte das Wirken von Dibelius als Bischof von Berlin (1945–1966) unter vier Aspekten. Dibelius habe 1945 im preußischen Bruderrat als „Macher“ agiert, indem er sein altes Amt wieder aufnahm, die alten Strukturen festigte und eine Neuordnung im Sinn der dahlemitischen Bruderräte verhinderte. Dabei habe er auch ehemalige DC- und NS-Pfarrer übernommen. Zweitens nahm er in seinen Predigten und Hirtenbriefen die Rolle des „Zeitendeuters“ wahr, der das Volksleben gestalten wollte. Die Bundesrepublik habe er mit Weimar, die DDR mit dem NS-Staat verglichen. Drittens agierte er als „antikommunistischer Kirchenkämpfer“, dem Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit in der DDR wichtig waren. 90 Prozent der DDR-Bevölkerung gehörten damals einer christlichen Kirche an. Gegen die Jugendweihe habe Dibelius aber vergeblich gekämpft, da die Mehrheit des Kirchenvolkes nicht zum Widerstand bereit war. Viertens setzte er sich als „nationalprotestantischer Einheitskämpfer“ für die deutsche Wiedervereinigung ein. Ab 1957 durfte er nicht mehr in die DDR einreisen, blieb aber formell bis 1966 Bischof für den westlichen und östlichen Teil seiner Landeskirche.

*Hansjörg Buss* (Berlin und Siegen) befasste sich mit den politischen und kirchlichen Gegnern des Berliner Bischofs Dibelius in Ostdeutschland. Dieser gehörte zu der kleinen Minderheit der Kirchenvertreter im Rat der EKD, die aus dem Osten kamen, und war in den 1950er Jahren das Gesicht der evangelischen Kirche. In dieser Zeit habe die evangelische Kirche in der DDR an Rückhalt verloren. In Erinnerung an die berühmte Predigt am „Tag von Potsdam“ sei er in einem Film des DDR-Fernsehens von einem Schauspieler als „Kalter Krieger“ dargestellt worden. Das entsprach der Tendenz des Regimes, das ihn als weltanschaulichen Gegner sah, und der Pressemedien, die ihn in Karikaturen als „Nato-Bischof“ und Überbringer der H-Bombe darstellten. Mit teilweise antisemitischen Klischees habe die DDR-

Polemik Dibelius' Rückhalt im Westen eher noch gestärkt. 1958 nahm die Opposition gegen ihn unter Pfarrern des Weißenseer Arbeitskreises in Berlin-Brandenburg zu. Günter Jacob, Generalsuperintendent der Neumark und Niederlausitz, sei zu seinem Gegenspieler geworden. Jacob hielt nicht an einer gesamtdeutschen EKD fest und wandte sich nach 1960 gegen die auf Dibelius und das Bischofsamt zugeschnittene kirchliche Grundordnung von Berlin-Brandenburg.

*Siegfried Hermle* (Köln) untersuchte die Amtszeit des Ratsvorsitzenden der EKD (1949–1961) anhand seiner Rechenschaftsberichte vor der EKD-Synode. Der aus elf Mitgliedern bestehende Rat sollte leiten und verwalten. Für die Wahl des Vorsitzenden kandidierten 1949 elf Personen, die deutliche Stimmenmehrheit fiel auf Dibelius und Hanns Lilje als Stellvertreter. Niemöller war nicht mehr konsensfähig. Für Dibelius habe der Schwerpunkt kirchlichen Lebens bei den Landeskirchen gelegen. Diese wollten keine zentrale Leitung, der Rat sollte nur manchmal öffentlich in ihrem Namen sprechen. In Dibelius' insgesamt acht Berichten nahm die Beziehung Kirche – Staat breiten Raum ein. Er sah die Kirche von Bonn geschützt, in der DDR dagegen zunehmend der Propaganda ausgesetzt. Im Spiel politischer Kräfte dürfe sie sich nicht missbrauchen lassen. In Militärfragen anerkannte er unterschiedliche Meinungen, positionierte sich aber gegen die Bruderräte, ein Gegensatz, der in Debatten zur Friedenthematik bis heute nachwirke. Die konservative Mehrheit der Ratsmitglieder sei ihm gefolgt.

Der letzte Themenblock behandelte Dibelius' Rolle in internationalen kirchlichen Beziehungen. *Thea Sulmavico* (Halle) charakterisierte Dibelius' Haltung in der Wiederbewaffnungsdebatte als ambivalent. Auf den von ihm unterzeichneten Militärseelsorgevertrag (1957) habe die DDR-Presse mit Polemik reagiert. In seiner Schrift „Die Grenzen des Staates“ hatte Dibelius 1949 Kritik am modernen Krieg geübt. Seine Kritik am säkularen Staat habe sich jedoch nur gegen die DDR, nicht gegen die Bundesrepublik gerichtet. Das „Vaterland“ rangierte bei ihm höher als der aktuelle Staat. Es sei für Dibelius eine Frage der nationalen Ehre gewesen, für die Verteidigung des eigenen Landes zu sorgen. Er beschwor die Gefahr aus dem Osten und sah nach Atom- und Wasserstoffbombentests eine sowjetische Übermacht gegenüber dem Westen. Niemöller und Heinemann warf er politische Propaganda vor und meinte, Lutheraner könnten besser als die Barthianer politi-

sche Fragen und Glaubensfragen auseinanderhalten. Den Anspruch des Unpolitischseins habe man Dibelius aber von beiden Seiten nicht immer abgenommen.

*Bernd Krebs* (Berlin) referierte über Dibelius' Versuche, die protestantischen Kirchen in Skandinavien zur Unterstützung der deutschen unierten evangelischen Gemeinden im polnischen Staat zu mobilisieren. Die Gemeinden sollten Teil der altpreußischen Mutterkirche bleiben. Doch die polnische Regierung insistierte darauf, die Kirche als stärkste Organisation der deutschen Minderheit zu kontrollieren. Dibelius fand in den skandinavischen Kirchen nicht die erhoffte Unterstützung, da diese ihre Stellung als „Neutrale“ nicht gefährden wollten. Die evangelischen Gemeinden in Polen, die durch Abwanderung zwei Drittel ihrer Mitglieder (vor 1914: 1 Million) verloren hatten, erhielten finanzielle Unterstützung durch die Reichsregierung. Nach der Machtübernahme richteten die Nationalsozialisten die „deutschen Volksgruppen“ systematisch auf die Ziele der NS-Politik aus. Die evangelischen Gemeinden wurden ab 1940 aus allen Feldern öffentlichen Wirkens verdrängt. Seit Sommer 1945 habe Dibelius dann versucht, die jenseits der Oder-Neiße-Linie verbliebenen deutschen Protestanten zu sammeln.

*Hartmut Lehmann* (Kiel) fragte abschließend, ob man jetzt wirklich wisse, wer Dibelius gewesen sei, und ob das Gehörte sich zu einem neuen Bild zusammenfügen lasse. Drei Facetten seien für ihn erkennbar: 1. Der pragmatische „Kirchenfürst Dibelius“, der stets Führungspositionen beansprucht habe. 2. Der Mann der politischen Rechten, der die Linke konsequent bekämpfte. Wie der deutsche Durchschnittsprotestant seiner Zeit habe er den Antisemitismus und zu Beginn auch den Nationalsozialismus unterstützt. Im Rat der EKD habe er verschiedene Positionen integriert. 3. Dibelius habe die Chance für eine Neuorientierung der evangelischen Kirche nach 1945 verpasst. Ein alternatives Verhalten im Sinne von Buße und Umkehr sei zumindest vorstellbar. Die Frage, was gewesen wäre, wenn Dibelius sich als Kirchenführer vor und nach dem Nationalsozialismus anders verhalten hätte, führte freilich über die historische Forschung hinaus. Lepp und Hermle bemerkten, in diesem Fall wäre Dibelius nicht in jene kirchlichen Leitungämter aufgestiegen, die er innehatte.

Die Tagung fand in einer produktiven Mischung mehrerer Generationen der Forschung und in konstruktiver Atmosphäre statt,

wenn auch bei der Wertung der Biographie von Robert Stupperich und dem Thema Antisemitismus Spannungen spürbar wurden. Infolge kurzfristiger Absagen von zwei Wissenschaftlerinnen waren in Bezug auf Ökumene und Entnazifizierung ‚Lücken‘ zu beklagen. Neuigkeitswert hatten die Ausführungen über den kaiserzeitlichen Dibelius, sein Verhältnis zu Weimar, die noch offene Frage des Antisemitismus sowie Dibelius‘ problematische Nachkriegsrolle zwischen Ost-Polemik und dem langsamen Abrücken der Mehrheit in den Kirchen von dieser Polemik. Die Tagungsbeiträge sollen in einem Sammelband publiziert werden.